
Slavoj Žižek

Auf verlorenem Posten

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2562

Der Kapitalismus, so Slavoj Žižek, gleiche einer Comicfigur, die stolz über den Dachfirst hinaus ins Leere läuft – um dann jäh abzustürzen. In seinem neuen, kämpferischen Buch setzt sich Žižek mit den Perspektiven der Linken auseinander: Er entlarvt die Widersprüche des Neoliberalismus, diskutiert die Positionen von Alain Badiou und Antonio Negri und erklärt, warum wir angesichts von Wirtschaftskrise, Biotechnologie und Umweltkollaps der Diktatur des Proletariats eine neue Chance geben sollten. Dabei erweist er sich wieder einmal als das externe Hirn seiner Leser: Er sieht die Filme, registriert die Nachrichten und macht sich darüber die Gedanken, für die wir keine Zeit haben.

Slavoj Žižek ist Professor für Philosophie an der Universität Ljubljana in Slowenien. Im Suhrkamp Verlag erschienen zuletzt: *Parallaxe* (2006), *Die politische Suspension des Ethischen* (es 2414) und *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin* (es 2298).

Slavoj Žižek

Auf verlorenem Posten

Aus dem Englischen

von Frank Born

Suhrkamp

Eine englische Fassung des vorliegenden Bandes
ist 2008 bei Verso (London/New York) unter dem Titel
In Defence of Lost Causes erschienen.

edition suhrkamp 2562

Erste Auflage 2009

© der deutschen Ausgabe

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2009

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12562-5

I 2 3 4 5 6 – 14 13 12 11 10 09

Inhalt

Vorrede: Das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce	9
Einleitung: Causa locuta, Roma finita	25
I. Diagnose: Die atonale Welt des globalen Kapitalismus . . .	31
Die liberale Utopie	31
Die verstörenden Klänge des »Türkischen Marsches« 34 – Die Politik der Reinkarnation 40 – Das chinesische Tal der Tränen 43 – Der utopische Mechanismus 52 – Multikulturalismus: Die Realität einer Illusion 68 – Die Basis der Freiheit 80	
Subjektivität im postideologischen Zeitalter	91
Atonalität 91 – Polen als Symptom 103 – Spaß am Foltern? 109 – Die namenlose <i>jouissance</i> und ihre Launen 123	
II. Die Krise der bestimmten Negation	129
Macht und Widerstand	136
Die Politik des Widerstands 136 – »Goodbye Mister Widerstands-Nomade« 143 – Negri in Davos 157 – Expression, Repräsentation, Macht 165 – Governance und Bewegungen 171	
Die Gewalt der Subtraktion	181
Materialismus, demokratischer und dialektischer 181 – Reaktionen auf das Ereignis 188 – Brauchen wir eine neue Welt? 203 – Die Lehren der Kulturrevolution 207 – Welche Subtraktion? 216	
III. Was zu tun ist	227
Jenseits von Fukuyama	227
Das Beispiel Haiti 231 – Gebt der Diktatur des Proletariats eine Chance! 239 – 3 + 1 251 – Von der Furcht zum Zittern 273	
Das Unbehagen in der Natur	278
Ökologie ohne Natur 278 – Der Gebrauch und Mißbrauch Heidegegers 299 – Wege zum Akt 306	

Als Alain Badiou einmal bei einem meiner Vorträge im Publikum saß, fing plötzlich sein Handy an zu klingeln (und was noch schlimmer war: Es war mein Handy – ich hatte es ihm geliehen). Anstatt es auszuschalten, unterbrach er mich sachte und bat mich, doch bitte ein wenig leiser zu sprechen, damit er seinen Gesprächspartner am Telefon besser verstehen könnte ... Wenn das, was Alain tat, kein Akt wahrer Freundschaft war, dann weiß ich nicht, was Freundschaft ist. Daher ist dieses Buch Alain Badiou gewidmet.

Vorrede: Das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce

Marx eröffnet seinen *Achtzehnten Brumaire* mit einer Korrektur der Hegelschen Idee, nach der sich Geschichte notwendig wiederhole: Hegel habe vergessen hinzuzufügen, daß sie sich zunächst als Tragödie und dann als Farce ereigne. Gilt das nicht auch für die zwei Ereignisse, die den Anfang und das Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts kennzeichnen, die Terroranschläge des 11. September und die Finanzkrise von 2008?

Die Ähnlichkeiten der Sprache, in der Präsident George W. Bush nach dem 11. September und nach der Finanzkrise seine Ansprachen an das amerikanische Volk hielt, sind nicht zu übersehen: Sie klingen wie zwei Versionen derselben Rede. Beide Male beschwor er die Bedrohung des *American way of life* und die Notwendigkeit schnellen und entschiedenen Eingreifens, um der Gefahr Herr zu werden. Beide Male forderte er die teilweise Aufhebung US-amerikanischer Werte, um genau diese Werte zu schützen. Woher aber rührt diese Ähnlichkeit?

Am 11. September wurden die Twin Towers getroffen; zwölf Jahre früher, am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer. Der 9. November kündigte die »fröhlichen Neunziger« an, die trügerische Realisierung der Utopie, die Francis Fukuyama mit seiner Formulierung vom »Ende der Geschichte« entworfen hatte: Die liberale Demokratie habe im Prinzip gewonnen, die Suche sei vorüber, die Ankunft einer globalen liberalen Weltgemeinschaft stehe vor der Tür, auf dem Weg zu diesem überzeichneten Hollywood-Happy-End gebe es nur noch letzte empirische und letztlich kontingente Hindernisse (nämlich einige lokale Widerstandsnester, deren Anführer nur noch nicht begriffen hätten, daß ihre Zeit vorüber sei). Der 11. September dagegen markiert das Ende der fröhlichen Neunziger, der Clinton-Jahre, er kündigt eine Ära an, in der überall neue Mauern auftauchen – zwischen Israel und dem Westjordanland, um

die Europäische Union herum, an der Grenze zwischen den USA und Mexiko.

Es hat jedoch den Eindruck, als müsse Fukuyamas Vision zweimal sterben: Der Zusammenbruch der liberal-demokratischen politischen Utopie am 11. September stellte die ökonomische des globalen Marktkapitalismus nicht infrage. Doch wenn die Finanzkrise von 2008 einen historischen Sinn hat, dann jenen, daß sie nun auch das Ende der ökonomischen Aspekte von Fukuyamas Entwurf einläutet.

1.

Das führt uns zu Marx' Paraphrase von Hegel zurück: Man sollte sich in Erinnerung rufen, daß Herbert Marcuse in seiner Einleitung zu einer Ausgabe des *Achtzehnten Brumaire* in den sechziger Jahren noch einen Schritt weiter ging: Manchmal könne die Wiederholung im Gewand der Farce furchterregender sein als die ursprüngliche Tragödie. Durch ihren furchterregend komischen Charakter machte es die Finanzkrise unmöglich, die offenkundige Irrationalität des globalen Kapitalismus zu ignorieren – wie Alain Badiou es prägnant ausgedrückt hat:

»Von gewöhnlichen Bürgern wird bedingungslos verlangt zu ›verstehen‹, daß es vollkommen unmöglich sei, das finanzielle Loch in der Sozialversicherung zu stopfen, daß man aber, ohne nachzuzählen, Milliarden in das Bankenloch stopfen müsse. Wir sollen allen Ernstes zustimmen, daß es anscheinend für niemanden mehr in Betracht kommt, eine Fabrik, und zwar eine mit Tausenden von Arbeitern, zu verstaatlichen, die sich aufgrund der Marktkonkurrenz in wirtschaftliche Schwierigkeiten manövriert hat, daß das gleiche aber völlig auf der Hand liege bei einer Bank, die sich durch Spekulation ruiniert hat.«¹

1 Alain Badiou: »De quel réel cette crise est-elle le spectacle?« Der Text ist verfügbar unter www.entretemps.asso.fr/Badiou/Crise.htm (Stand: November 2008). Eine gekürzte Fassung, die das obige Zitat nicht enthält, wurde publiziert in *Le Monde*,

Man sollte diese Aussage verallgemeinern: Wenn es um die Bekämpfung von AIDS, Hunger, Wassermangel, globaler Erwärmung usw. geht, gibt es, obwohl wir die Dringlichkeit dieser Probleme erkennen, immer genug Zeit, um zu überlegen und um Entscheidungen zu vertagen (man erinnere sich, daß viele Beobachter sich darin einig waren, daß es das wichtigste und absolut begrüßenswerte Ergebnis des letzten Klimagipfels auf Bali gewesen sei, sich in zwei Jahren erneut treffen zu wollen, um dann die Gespräche fortzuführen ...) – aber bei der Finanzkrise mußte unbedingt sofort gehandelt werden, man trieb sofort eine Summe auf, die jenseits aller Vorstellungskraft liegt. Die Rettung bedrohter Tierarten, die Rettung des Planeten vor der globalen Erwärmung, die Rettung von AIDS-Patienten oder von Kranken, die aufgrund des Mangels an Geld für teure Behandlungen oder Operationen sterben, die Rettung verhungender Kinder – das alles kann ein bißchen warten, aber der Ruf »Rettet die Banken!« ist ein bedingungsloser Imperativ, der nach sofortigem Eingreifen schreit, und das auch noch erfolgreich. In diesem Fall war die Panik absolut, eine transnationale und überparteiliche Position wurde sofort gefunden und jeglicher Groll zwischen den Weltmächten war augenblicklich vergessen, als es darum ging, DIE Katastrophe abzuwenden. (Und diese vielgelobte Überparteilichkeit bedeutet im übrigen letzten Endes nichts anderes, als daß sogar die demokratischen Verfahren *de facto* außer Kraft gesetzt wurden: Es war keine Zeit für normale parlamentarische Prozeduren; diejenigen, die den Plan im amerikanischen Kongreß zunächst ablehnten, wurden bald gezwungen, mit der Mehrheit zu marschieren.) Und vergessen wir außerdem nicht, daß diese unvorstellbare Geldsumme nicht für eine »reale« Maßnahme ausgegeben wurde, sondern allein, um das *Vertrauen* in die Märkte *wieder herzustellen* – es ging also um eine Sache des Glaubens! Bedarf es eines weiteren Beweises dafür, daß das Kapital das Reale unseres Lebens ist, ein Reales, dessen Forderungen viel absoluter sind als selbst die

17. 10. 2008, eine deutschsprachige Version ist unter dem Titel »Das Reale dieses Krisenspektakels« erschienen in *die tageszeitung*, 13. 11. 2008.

dringlichsten Forderungen unserer sozialen und natürlichen Realität?

Vergleichen wir die 700 Milliarden, die allein die USA mobilisiert haben, um das Bankensystem zu stabilisieren, mit der Tatsache, daß die reichen Nationen von den 22 Milliarden Dollar, die sie zugesichert haben, um die Landwirtschaft der ärmeren Nationen in diesem Jahr der Nahrungsmittelkrise zu unterstützen, nur 2,2 Milliarden bereitgestellt haben. Und dieses Mal kann man die Schuld für die Krise nicht auf die üblichen Verdächtigen (Korruption, Ineffizienz oder interventionistische Regierungen in der Dritten Welt) schieben – sie hängt im Gegenteil direkt mit der Globalisierung der Landwirtschaft zusammen. Darauf hat kein Geringerer (so berichtete es die Associated Press am 23. Oktober 2008) hingewiesen als Bill Clinton in einer Rede, die er am Welternährungstag vor einer UN-Versammlung zur Nahrungskrise hielt. Die Rede hatte den bezeichnenden Titel »We blew it. On global food«, und ihre Quintessenz war, daß die derzeitige globale Nahrungsmittelkrise zeige, daß »wir – ich eingeschlossen, als ich noch Präsident war – es verweigert haben«, indem wir zugelassen hätten, so Clinton, daß Nahrungsmittel als Waren behandelt werden und nicht als etwas, worauf die Armen dieser Welt ein prinzipielles Recht haben. Er gab die Schuld ausdrücklich nicht einzelnen Staaten oder Regierungen, sondern der langfristigen globalen Politik des Westens, die von den USA und der Europäischen Union diktiert und über Jahrzehnte von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond und anderen internationalen Institutionen umgesetzt wurde; diese Politik zwang afrikanische und asiatische Regierungen, Kredite nicht für Düngemittel, verbessertes Saatgut und andere landwirtschaftliche Investitionen zu vergeben. Das führte zum massenhaften Anbau von Gütern für den Export auf den ertragreichsten Böden, mit der Folge, daß diese Länder nicht länger in der Lage waren, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das Ergebnis dieser »strukturellen Anpassung« war die Integration lokaler Landwirtschaften in die globale Ökonomie: Während die Ernte exportiert wurde, mußten die Bauern ihr Land aufgeben und in Ghettos abwandern, wo sie nun als billige Ar-

beitskräfte für ausgelagerte *sweat shops* zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sind diese Länder nun auf Lebensmittelimporte angewiesen. Auf diese Weise werden sie in postkolonialer Abhängigkeit gehalten, sie sind viel stärker als früher den Schwankungen auf den globalen Märkten ausgesetzt – der sprunghafte Anstieg der Getreidepreise (bei dem auch die Tatsache eine Rolle spielte, daß immer mehr Getreide als Biokraftstoff Verwendung findet) hat von Haiti bis Äthiopien Hungersnöte ausgelöst. Clinton sagte zu Recht, daß »Nahrungsmittel keine Ware wie andere sind« und wir deshalb »zu einer Politik zurückkehren müssen, welche die möglichst weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in den Mittelpunkt stellt. Es ist Wahnsinn, zu glauben, wir könnten die Entwicklung von Ländern auf der ganzen Welt fördern, ohne sie in die Lage zu versetzen, sich selbst zu ernähren.« An dieser Stelle muß man wenigstens zwei Dinge ergänzen: Erstens, daß die entwickelten Länder des Westens sehr wohl ihre eigene Autarkie verteidigen, indem sie ihren Bauern Subventionen zahlen usw. (man bedenke, daß die Agrarsubventionen mehr als die Hälfte des Budgets der EU ausmachen) – der Westen selbst hat die Politik der »möglichst weitgehenden Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln« also nie aufgegeben. Zweitens sollte man sich klarmachen, daß die Liste der Dinge, die keine »Waren wie andere« sind, noch wesentlich länger ist: Es geht nicht nur um Lebensmittel, sondern auch um Verteidigung (das wissen die »Patrioten« nur zu genau), Wasser, Energie, die Umwelt insgesamt, Kultur und Erziehung, das Gesundheitssystem ... Wer soll hier über Prioritäten entscheiden, nach welchen Regeln soll überhaupt entschieden werden, wenn wir sie nicht länger dem freien Markt überantworten können? An dieser Stelle müssen wir noch einmal den Kommunismus ins Spiel bringen.

2.

Noch dringlicher wird diese Frage angesichts der Situation in den Ländern der Dritten Welt. Es gibt eine alte Anekdote über eine Gruppe von Ethnologen, die auf der Suche nach einem mysteriösen Stamm, der Gerüchten zufolge einen gruseligen Totentanz mit Masken aus Schlamm und Holz praktizierte, in das Herz der Finsternis Neuseelands vordrangen. Eines Tages erreichten sie endlich spät am Abend den Stamm. Sie erklärten den Eingeborenen mit Händen und Füßen, was sie suchten, und legten sich schlafen; am nächsten Morgen führten die Stammesmitglieder einen Tanz auf, der all ihren Erwartungen entsprach, und so konnten die Ethnologen zufrieden in die Zivilisation zurückkehren und einen Bericht über ihre Entdeckung schreiben. Unglücklicherweise besuchte aber einige Jahre später eine andere Expedition den gleichen Stamm, versuchte ernsthafter, mit den Menschen zu kommunizieren, und erfuhr die Wahrheit über die erste Expedition: Die Stammesmitglieder hatten irgendwie verstanden, daß die Fremden einen furchterregenden Totentanz sehen wollten. Also bastelten sie, geleitet von ihrem hohen Sinn für Gastfreundschaft und der Hoffnung, ihre Gäste nicht zu enttäuschen, die ganze Nacht hindurch an den Masken und studierten einen erfundenen Tanz ein, um die Ethnologen zufriedenzustellen – die Europäer, die einen Blick auf ein seltsames exotisches Ritual zu erhaschen meinten, bekamen tatsächlich eine hastig improvisierte Aufführung ihres eigenen Wunsches präsentiert ...

Passiert heute im Kongo nicht etwas ganz Ähnliches, in einem Land, das sich wieder zum afrikanischen Herz der Finsternis entwickelt? Die Titelgeschichte des Nachrichtenmagazins *Time* vom 5. Juni 2006 trug die Überschrift »The deadliest war in the world«, es handelte sich um eine detaillierte Dokumentation darüber, wie im Kongo innerhalb der letzten zehn Jahre ungefähr vier Millionen Menschen im Zusammenhang mit politischer Gewalt gestorben sind.

Es folgte nicht der übliche humanitäre Aufschrei, sondern nur

ein paar Leserbriefe – als ob eine Art Filtermechanismus verhinderte, daß diese Nachricht ihre volle Schockwirkung entfalten konnte. *Time* setzte, um es zynisch zu formulieren, auf das falsche Opfer im Kampf um die mediale Vorherrschaft in Sachen Leid – man hätte bei der Liste der üblichen Verdächtigen bleiben sollen: der Notlage muslimischer Frauen, der Unterdrückung in Tibet ... Kongo hat sich heute gewissermaßen wieder in das Conradsche »Herz der Finsternis« verwandelt: Niemand wagt es, das Thema frontal anzugehen. Der Tod eines Palästinenserkindes aus dem Westjordanland, ganz zu schweigen von einem Israeli oder einem Amerikaner, ist medial tausendmal mehr wert als der Tod eines namenlosen Kongolesen. Warum diese Ignoranz?

Am 30. Oktober 2008 berichtete Associated Press, Laurent Nkunda, der Rebellengeneral, der die Hauptstadt einer östlichen Provinz, Goma, belagert, habe gesagt, er wolle direkte Gespräche mit der Regierung führen über seine Einwände gegen einen Milliardendeal, der China im Austausch gegen den Bau einer Bahnstrecke und einer Autobahn Zugang zu den gewaltigen Bodenschätzen sichern würde. So problematisch (weil neokolonial) dieser Deal auch sein mag, er stellt eine entscheidende Bedrohung der Interessen lokaler Kriegsherren dar, weil sein Erfolg die infrastrukturellen Grundlagen für die Demokratische Republik Kongo als einen funktionsfähigen, geeinten Staat schaffen würde.

Zuvor hatte im Jahr 2001 eine UN-Untersuchung zur illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen im Kongo gezeigt, daß es bei dem Konflikt im Land hauptsächlich um den Zugang zu, die Kontrolle über und den Handel mit den fünf wichtigsten Bodenschätzen geht: Coltan, Kobalt, Kupfer, Gold und Diamanten. Laut dieser Studie beuten lokale Kriegsherren die Ressourcen des Landes »systematisch und systemisch« aus, insbesondere die Warlords aus Uganda und Ruanda (knapp gefolgt von jenen aus Simbabwe und Angola) hätten ihre Soldaten in eine Businessarmee verwandelt: Ruandas Armee habe innerhalb von 18 Monaten mindestens 250 Millionen Dollar mit dem Verkauf von Coltan verdient, das für die Produktion von Handys und Laptops benötigt wird. Der Bericht

kommt zu dem Ergebnis, daß der andauernde Bürgerkrieg und die Desintegration des Kongo »eine ›Win-Win‹-Situation für alle Kriegsteilnehmer geschaffen hat. Der einzige Verlierer dieses riesigen geschäftlichen Unterfangens ist das kongolesische Volk.«

Hinter der Fassade ethnischer Konflikte entdecken wir also die Konturen des globalen Kapitalismus. Seit dem Sturz Mobutus gibt es in diesem Land kein funktionierendes Staatswesen mehr; gerade der Osten des Kongos besteht aus einer Vielzahl von Territorien, die von Warlords beherrscht werden, die einen Flecken Land mit einer Armee kontrollieren, in der regelmäßig drogenabhängige Kinder kämpfen; jeder dieser Kriegsherren unterhält Geschäftsverbindungen zu einem ausländischen Unternehmen, das (in der Hauptsache) die Bodenschätze der Region ausbeutet. Von diesem Arrangement profitieren beide Seiten: Das Unternehmen erhält die Abbaurechte, ohne Steuern bezahlen zu müssen, der Warlord bekommt Geld ... Die Ironie liegt darin, daß die meisten dieser Bodenschätze, wie etwa das Coltan, in High-Tech-Produkten Verwendung finden – kurz: Vergeßt die angeblich wilden Bräuche der Bevölkerung vor Ort! Wenn man die ausländischen High-Tech-Firmen einmal aus der Gleichung streicht, fällt das ganze Kartenhaus der ethnischen Konflikte, die vorgeblich von alten Leidenschaften angetrieben werden, in sich zusammen.

Eine besondere Ironie der Geschichte besteht darin, daß zu den größten Ausbeutern ruandische Tutsi zählen, die 1994 selbst Opfer eines entsetzlichen Genozids wurden. Im August 2008 legte die ruandische Regierung zahlreiche Dokumente vor, die eine Mitschuld Präsident Mitterrands (und seiner Regierung) am Genozid an den Tutsi belegen sollten: Frankreich habe den Plan der Hutu zur Macht ergreifung unterstützt; man habe auch die Bewaffnung der Hutu-Einheiten hingenommen, um den Einfluß Frankreichs in der Region auf Kosten der anglophonen Tutsi zu stärken.² Wenn es gelänge, Mitterrand postum vor das Tribunal in Den Haag zu bringen, um

² Vgl. dazu: »Ruanda gibt Frankreich Mitschuld am Genozid«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. 8. 2008, S. 5).

diese Vorwürfe zu klären, wäre das eine wahre Großtat. Doch das Äußerste, zu dem sich die vom Westen dominierten internationalen juristischen Organisationen bislang in einem solchen Fall durchringen konnten, war die Festnahme Augusto Pinochets im Oktober 1998 – der ehemalige chilenische Diktator galt freilich schon vorher als politischer Schurke. Würde man einen Staatsmann wie Mitterrand (wenngleich postum) oder die französische Regierung anklagen, wäre eine wichtige Grenze überschritten: Zum erstenmal müßten sich führende westliche Politiker vor Gericht verantworten, die sich zuvor als Beschützer von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten gaben. Von einem solchen Prozeß könnte man vieles lernen über die Komplizenschaft liberaler Mächte des Westens mit jenen Kräften, die von den Medien als Auslöser von Explosionen »authentischer« Barbarei in der Dritten Welt dargestellt werden. Im dichten kongolesischen Dschungel herrscht vermutlich wirklich tiefe Dunkelheit – doch ihr Herz schlägt anderswo: in den hell erleuchteten Chefetagen unserer High-Tech-Unternehmen.

3.

Das Mißverhältnis zwischen der gigantischen Fluktuation auf dem Finanzmarkt und dem beschränkten Volumen der »realen Wirtschaft« nimmt ein noch groteskeres Ausmaß an, wenn wir es mit kleinen Staaten zu tun haben, deren Reichtum von ihrer Integration in die globalen Finanzmärkte abhängt. Exemplarisch ist hier der Fall Islands, dem Land, das am härtesten von der Krise getroffen wurde.³ Noch im April 2007 präsentierte die isländische Regierung das Land wie folgt: »Lange Zeit lebte diese Nation unter harten Bedingungen, aber nachdem sie einmal Freiheit und Unabhängigkeit erlangt hatte, schaffte sie in weniger als einem Jahrhun-

3 Haukur Már Helgasons hat hierzu den hervorragenden Essay »Iceland sinks« geschrieben, der in italienischer Fassung in *Il manifesto* veröffentlicht wurde und dem die folgenden Zitate entstammen. Der Text ist verfügbar unter www.savingiceland.org (Stand: November 2008).

dert den Sprung von einem Entwicklungsland zu einem der reichsten Länder der Welt.« Im Oktober 2008, nur eineinhalb Jahre später, mußte sich Island auf Grund seiner der Dritten Welt vergleichbaren Inflationsrate die gemeine Bezeichnung »nordeuropäisches Simbabwe« gefallen lassen: Seine drei größten Banken kollabierten innerhalb einer Woche und ließen dabei Verbindlichkeiten zurück, die sich auf das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts beliefen. Als die Regierung, nachdem sie die Banken verstaatlicht hatte, erklärte, Island werde diese Schulden nicht begleichen, wendete die englische Regierung (viele britische Bürger hatten ihr Geld bei isländischen Banken angelegt) ein Anti-Terror-Gesetz an, um das Vermögen dieser Banken in Großbritannien einzufrieren. Der Schock, den diese Maßnahme in Island auslöste, brachte Rassismus in seiner reinsten Form zum Vorschein: »Ja, aber... Seht ihr denn nicht, daß wir Weiße sind?!«

Und so fühlt sich die Krise im Land selbst an: 30 000 Euro schuldet der durchschnittliche Isländer Kreditinstitutionen – die Leute leihen sich nicht nur Geld, um ihre Wohnungen zu bezahlen, sondern auch um die Universität zu besuchen, ein Auto zu kaufen, zu reisen. »Junge Menschen, die hohe Kredite aufgenommen haben, um ihre überbezahlten Wohnungen auf einem überhitzten Markt zu bezahlen, sind nun an diese Wohnungen gefesselt, die sie jedoch auf dem kollabierten Immobilienmarkt nicht verkaufen können, während – und puh, stellen Sie sich das einmal vor – die Kredite an einen Verbraucherindex gekoppelt sind, so daß in Zeiten der Inflation die Schulden proportional zu den Preisen steigen. Die Hypotheken der Leute sind in den letzten Monaten gewachsen: Sie schulden der Bank buchstäblich desto mehr Geld, je mehr sie zahlen.« Alle latenten Spannungen innerhalb der isländischen Gesellschaft sind also explodiert: »Negativität und finanzielle Probleme« galten bislang »als Tabus, als etwas, worüber man nicht spricht«, gleichzeitig boomte der »spiritistische New-Age-Eskapismus« und die Isländer halten den »Weltrekord im Verbrechen von Antidepressiva«. »[S]o laufen die Dinge normalerweise in Island, wo Monopoly-Geld lange Zeit die grundlegende Tatsache verdeckte, daß das ganze Land 14

Familien gehört, die darüber entscheiden, wie die Dinge laufen sollen.«

In der gegenwärtigen ideologischen Konstellation wird die Krise zweifellos nach den Regeln genutzt werden, die Naomi Klein in *Die Schock-Strategie* beschrieben hat: Starr vor Schreck werden die Isländer empfänglich für die Botschaft sein, es gelte in diesem Augenblick der Krise alle noch nicht verstummten Einwände von Umweltschützern, Feministen und Sozialisten zu ignorieren, die einzige Rettung bestünde vielmehr darin, alle öffentlichen Leistungen, die noch übrig sind, zu privatisieren: das Erziehungs- und das Gesundheitssystem, die Wasser- und die Energieversorgung etc. Und das wird nicht nur in Island passieren, sondern auf der ganzen Welt – die ersten Anzeichen für solche Manöver sind schon da.

4.

Marx schrieb, die bourgeoise Ideologie liebe es, zu historisieren: Jede soziale, religiöse oder kulturelle Form sei historisch, kontingent, relativ – jede mit Ausnahme der eigenen. Es habe eine Geschichte gegeben, doch diese sei jetzt vorbei. Im Modell des kapitalistischen Liberalismus sei sie an ihrem Ziel angelangt, die »natürliche« Gestalt sei gefunden. Heute gilt genau dasselbe für den liberal-demokratischen Kapitalismus: Er ist, wie Fukuyama es ausdrückt, das Ende der Geschichte. Und vernehmen wir nicht das Echo dieser Position im zeitgenössischen »diskursiven«, »anti-essentialistischen« Historismus (von Ernesto Laclau bis zu Judith Butler), der jede sozial-ideologische Einheit als das Produkt eines kontingenten diskursiven Kampfes um Hegemonie ansieht? Wie bereits Fredric Jameson bemerkte, hat der universalisierte Historismus einen eigenartigen ahistorischen Beigeschmack: Wenn wir einmal die radikale Kontingenz unserer Identität vollkommen akzeptieren und praktizieren, lösen sich irgendwie alle authentischen historischen Spannungen in die endlosen performativen Spiele einer ewigen Gegenwart auf. Hier ist eine schöne selbstbezügliche Ironie am Werk: Geschichte gibt es